



also 133

Oktober 2014
GEW Wuppertal



Innenteil:
GEW Solingen + Niederberg

Impressum:

also 133
Oktober 2014

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 – 44 02 61
Fax 0202 – 45 50 50

gewwuppertal@t-online.de

www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 13-17 Uhr

v.i.S.d.P.:
Helga Krüger

Redaktion und
Layout:

Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Helga Krüger
Elisabeth Pieper
Ulla Riedel
Ulla Weinert

Druck:
Druckerei Schöpp

Der Bezugspreis ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Innenseiten von

GEW Solingen
GEW Niederberg

Inhalt:

Wir sind jetzt 1500!	3
Landtagsabgeordnete treffen Tarifbeschäftigte	4
Veranstaltung L-EGO	6
Angestelltentag der GEW-NRW	6
Was ein Kind gesagt bekommt	8
GEW Arbeitskreis-Inklusion	9
Kurzumfrage zur Inklusion	10
Wahrheiten	14
Kommunale Schulpolitik	16
Schulsozialarbeit muss bleiben	21
Veranstaltung zum Jahresausklang	22
Es geht um euer Geld	24
Grundschullehrkräfte in der SEK I	26
Schule ohne Leitung	28
Fortbildung „Neu im Beruf“	29
Fortbildung „Selbstsicher und überzeugungsstark“	30
junge GEW im beatz	32
Veranstaltungstipp	33
Geburtstage	35
Verabschiedung der Lehrkräfte	36
Guter Rat	40
Vorstand der GEW Wuppertal	42
Personalräte Wuppertal	43

Die Fotos wurden uns freundlicherweise von Dieter Kraß, Kollege an der GGS Marienstraße, zur Verfügung gestellt. Weitere Fotos sind in seiner Fotogalerie unter www.dieterkrass.de zu sehen.

Wir sind jetzt 1500!

// Die GEW Wuppertal freut sich über stetigen Mitgliederzuwachs. Paul Zingler ist unser 1500stes Mitglied. Da möchten wir ihm und auch uns ganz herzlich gratulieren. //

Paul arbeitet an einem Wuppertaler Gymnasium und hat gerade nach einer berufsbegleitenden Ausbildung sein 2. Staatsexamen bestanden. Herzlichen Glückwunsch auch dazu.

Zu seinen Motiven, in die GEW einzutreten schreibt er uns:



„Mit dem zweiten Staatsexamen ist nun klar, dass ich im Schuldienst bleiben werde. Es ist für mich selbstverständlich, diejenigen zu unterstützen, die stellvertretend für alle anderen - also auch für mich - die Rechte der Beschäftigten wahrnehmen und in (Tarif-) Verhandlungen für die Verbesserung der Arbeits- und Bildungssituation kämpfen. Die GEW leistet dabei nicht nur für Lehrer, sondern für alle am Erziehungsgeschehen professionell Beteiligten die solidarische Interessenvertretung. Außerdem gefällt mir die Grundhaltung, die die GEW in allen gesellschaftspolitischen Fragen einnimmt.“

Ich erwarte von der GEW, dass sie auch in Zukunft die bildungspolitische Situation kritisch beleuchtet, sich für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit einsetzt und für angemessene Entlohnung kämpft.“

Auch Politik hat Verantwortung für den Tarifvertrag

// Am 25.8.2014 fand das vom Arbeitskreis Angestellte der GEW lange vorbereitete Treffen der tarifbeschäftigten Lehrkräfte mit den Wuppertaler Landtagsabgeordneten im GEW-Laden statt. Dietmar Bell (SPD), Rainer Spiecker (CDU), Marcel Hafke (FDP) und Olaf Wegner (Piraten) waren gekommen, Jutta Velte (Grüne) war verhindert. //

Die Abgeordneten hatten im Vorfeld die Chance einer intensiven Einarbeitung in die Problematik bekommen. Die GEW Wuppertal hatte eine Mappe mit Lebensläufen tarifbeschäftigter Lehrerinnen und Lehrer zusammengestellt, die die Bandbreite der individuellen „Berufsschicksale“ und der Benachteiligungen darstellten. Diese Chance wurde offensichtlich nur teilweise genutzt.

Eröffnet wurde der gut besuchte Abend durch Helga Krüger, die zentrale Gedanken zur Situation der Tarifbeschäftigten ansprach. Rainer Kriegel moderierte die Veranstaltung kompetent und engagiert. Egbert Fröse gab einen kurzen Input in die Thematik: Seit der Überleitung des BAT in den TV-L warten die Angestellten auf einen Tarifvertrag zur Eingruppierung. Auf der Basis der vorliegenden Biographien stellte Egbert Fröse dar, dass die Benachteiligung der angestellten Lehrkräfte umfangreich ist und weitreichende



finanzielle Auswirkungen bis in die Rentenzeit hat. Seine provozierende Frage lautete: „Wie verträgt sich das alles mit dem auch von Arbeitsminister Schneider formulierten Postulat „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?“

Die Landtagsabgeordneten formulierten ihr Verständnis für die Situation, sahen aber vorrangig die Tarifpartner in der Pflicht. Besonders Dietmar Bell (SPD) verwies als ehemaliger Ver.di-Geschäftsführer für Wuppertal auf diesen tarifpolitischen Kontext. Er stellte den engen Zusammenhang von zu schwacher Streikbereitschaft und der Durchsetzbarkeit gewerkschaftlicher Forderungen her.

Politik in der Verantwortung

Im Laufe der engagierten Diskussion gelang es den anwesenden Tarifbeschäftigten, die anfänglichen Positionen der Abgeordneten zu relativieren. Dabei half der deutliche Hinweis, dass es sehr wohl Angelegenheit der Politik und damit unmittelbar auch der Landtagsabgeordneten sei, das Land NRW als Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen, dass überhaupt ein Tarifvertrag auf den Tisch kommt, auf dessen Grundlage die Tarifpartner in Verhandlungen treten könnten.

Die sehr persönlichen Berichte einiger anwesender Kolleginnen und Kollegen über ihre nicht gesicherten und zum Teil prekären Arbeitsverhältnisse erreichten die Politiker. So fand z.B. die Forderung Helga Krügers zur Eindämmung befristeter Angestelltenverträge für Vertretungsunterricht zugunsten von Festanstellungen im Rahmen einer Vertretungsreserve allgemeine Zustimmung.

Die Quintessenz des Abends kulminierte in der Frage Rainer Kriegels an die Landtagsabgeordneten, was sie konkret unternehmen werden, um die Situation der tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern. Alle versprachen, sich in ihren Gremien einzubringen, mit dem Ziel, einen Tarifvertrag auf den Weg zu bringen.

Wir fragen nach!

Inzwischen hat Herr Hafke (FDP) eine Anfrage (Drucksache 16/6793) an die Landesregierung gestellt, in der er u.a. die Themen Lehrerentgeltordnung und befristete Einstellungen thematisiert. Auf die Antworten sind wir gespannt! Gespannt sind wir auch, ob auch die anderen Abgeordneten einen geeigneten Vorstoß unternehmen, die berechtigten Anliegen der Tarifbeschäftigten zu unterstützen.

L-EGO: Für eine gerechte Entgeltordnung für Lehrkräfte!

Die Tarifverhandlungen für eine Entgeltordnung haben begonnen. Wenn wir etwas erreichen wollen, wird das nicht nur am Verhandlungstisch entschieden.

Wir laden alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte zu einer Informationsveranstaltung über den Stand der Tarifverhandlungen und über notwendige Begleitaktionen ein .

Es referiert und informiert:

Joyce Abebrese,
Referentin für Tarifpolitik bei der GEW NRW

Donnerstag, 11. Dezember 2014
18 Uhr

GEW-Laden, Paradedstr. 21
42107 Wuppertal

Für einen Imbiss ist gesorgt.

Wir freuen uns über eine Anmeldung per Mail an:
gew.wuppertal@t-online.de

Nicht vergessen:

Angestelltentag der GEW-NRW

„Gerecht geht anders“

15. November 2014, 10 -16 Uhr
Stadthalle Wuppertal

Alle Informationen unter www.gew-wuppertal



Was ein Kind gesagt bekommt

Der liebe Gott sieht alles.

Man spart für den Fall des Falles.

Die werden nichts, die nichts taugen.

Schmökern ist schlecht für die Augen.

Kohlentragen stärkt die Glieder.

Die schöne Kinderzeit, die kommt nicht wieder.

Man lacht nicht über ein Gebrechen.

Du sollst Erwachsenen nicht widersprechen.

Man greift nicht zuerst in die Schüssel bei Tisch.

Sonntagsspaziergang macht frisch.

Zum Alter ist man ehrerbötig.

Süßigkeiten sind für den Körper nicht nötig.

Kartoffeln sind gesund.

Ein Kind hält den Mund.

Aufgabe:

Setzen Sie diesen Text von B. Brecht in Beziehung zum Vorgehen der Schulpolitiker bei der Einführung der Inklusion.

GEW Arbeitskreis Inklusion

// Unser neuer Arbeitskreis Inklusion der GEW Wuppertal traf sich erstmals Juni 2014. Gut 20 Kolleginnen und Kollegen aus allen Schulformen konnten wir begrüßen, Personalräte der GEW aus den verschiedenen Schulformen waren ebenfalls anwesend, um aus ihren Bereichen zu informieren. //

Die GEW Wuppertal will den Start der inklusiven Beschulung hier in Wuppertal kritisch begleiten, die Bedingungen beleuchten und Forderungen vor Ort stellen.

Beim ersten Zusammentreffen ging es vor allem um den gemeinsamen Austausch über die persönlichen Erwartungen, aber auch um Befürchtungen hinsichtlich des Starts der Inklusion. In mehreren Gruppen wurde intensiv über die aktuelle Situation an den Schulen in Wuppertal diskutiert.

In allen Schulformen beklagte man fehlende Konzepte für den Einstieg in die Inklusion, die mangelhafte Informationspolitik seitens der Schulleitungen und Schulaufsichten. Man vermisste vor allem Fortbildungen zur schulischen und individuellen Vorbereitung auf die Inklusion. Auch Intransparenz und fehlende Planungssicherheit führt in den Kollegien zu großer Unsicherheit und auch zu Unfrieden.

Im Verlaufe der anschließenden Diskussion wurde schnell klar, dass ein weiteres Treffen im 1. Halbjahr des neuen Schuljahres stattfinden muss, um gemeinsam kritisch die aktuellen Entwicklungen vor Ort zu verfolgen und zu begleiten, aber auch um dem allgemeinen Wunsch nach Solidarisierung und intensivem schulformübergreifenden Austausch nachzukommen.

2. Treffen des Arbeitskreises Inklusion

Dienstag, 28.10.2014

16.30 - 18.00 Uhr

**GEW-Laden, Paradedstr. 21
42107 Wuppertal**

Wir laden alle Interessierten ein, sich dem Arbeitskreis anzuschließen und ihre Gedanken und Ideen einzubringen.

Kurzumfrage in den Schulen

// Gleich zu Beginn des Schuljahres baten wir unsere Mitglieder, uns einen Überblick zum Start der Inklusion in den Wuppertaler Schulen zu vermitteln. Auch wenn die Erfahrungen noch frisch sind, schälten sich bereits erste Problemkreise heraus. //

- Eine vorher vorhandene ausreichende Doppelbesetzung ist nun kaum noch realisierbar.
- Die Kürzung der Stunden für die Integrationshelfer machen sich sehr negativ bemerkbar.
- Die Klassengrößen in den Eingangsklassen der Grundschule sind in der Regel akzeptabel. Doch vor allem in den 2. Jahrgängen steigt die Schülerzahl durch den längeren Verbleib etlicher Kinder in der Eingangsphase unzumutbar an.
- Bedeutung und Stellenwert des AO-SF sind völlig unklar. Auf der einen Seite werden Stellenzuweisungen doch noch daran orientiert, auf der anderen Seite werden Genehmigungsprozesse von der Schulaufsicht erschwert bzw. blockiert.

Nachfolgend einige prägnante Auszüge aus den zahlreichen Rückmeldungen unserer Kolleginnen und Kollegen:

■ In der Schuleingangsphase dürfen kaum noch AO-SFs eröffnet werden (Förderschwerpunkte Sprachen, Lernen und emotionale und soziale Entwicklung). Die Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten oder Lernschwierigkeiten sind trotzdem in der Klasse. Doch die Stunden der Sonderpädagoginnen werden nicht daran angepasst. Besonders im Bereich von Verhaltensauffälligkeiten wird es schwerer werden, wenn jetzt auch noch die Schulsozialarbeiter wegfallen. In den schulärztlichen Gutachten taucht immer häufiger der Hinweis auf "Reduktion des Medienkonsums notwendig" sowie Auffälligkeiten in der Körperkoordination und/oder Übergewicht. Lernzeit wird immer mehr zur Erziehungszeit!

■ Wir haben nur eine Sonderpädagogin vor Ort und das bei Förderbedarf in sechs Klassen. Durch längeren Verbleib in der Schuleingangsphase in der GU/GL-Klasse gibt es plötzlich riesige Klassen im zweiten Schuljahr. In diesen Klassen gibt es ES-Kinder bisher ohne AO-SF bei einer Klassenstärke von 30 Kindern. Durch Zuzug von Kindern haben wir plötzlich drei Kinder mit Behinderungen im



RS

BTL

Ich
bin süß
oder?
;)

geist

Ruine!

CREW

4. Schuljahr. Die Ressource der Sonderpädagogen reicht nicht, um ausreichend zu fördern!

Jedes inklusiv beschulte Kind hatte bei uns seit Jahren eine eigene Integrationshelferin, es handelte sich um Kinder mit dem Schwerpunkt Körperbehinderung.

Bei uns ist die Zahl der GL Kinder gestiegen, 22 Kinder werden in 6 Klassen von 2 Sonderpädagoginnen (28 Std. + 18 Std.) beschult. Hinzu kommt eine Kollegin, die noch die berufsbegleitende Ausbildung zur Sonderpädagogin machen muss. Obwohl wir mehr Kinder haben, wurden die Stunden der Integrationshelfer von 95 Std. auf 85 Std. reduziert.

Insbesondere die Klassengröße ist bei 28 Kindern mit zwei Rollstühlen in einem kleinen Klassenzimmer im Grunde unzumutbar! Somit müsste die Begrenzung der Klassengröße nicht nur in der Eingangsklasse gewährleistet werden. Problematisch ist auch die Begrenzung auf einen Integrationshelfer. So muss bei außerschulischen Projekten grundsätzlich "gebettelt" werden, ob ein weiterer Integrationshelfer irgendwo abkömmlich ist oder der Sonderpädagoge muss sich aus der Verantwortung für seine anderen Klassen ziehen, um uns begleiten zu können.

Durch die Ressourcenverknappung sind feste KlassenlehrerInnen-teams aus Grundschullehrerin und Sonderpädagogin nicht mehr zu realisieren; personelle Unterstützung bei noch nicht festgestelltem Förderbedarf in der Kindergartenzeit oder während des 1. Schuljahres ist im 2. Schuljahr kaum zu bekommen; die 2. Klassen sind mit 27 Kindern sehr groß.

Bedingt durch das Verbot eines Rücktritts nach einjähriger Schuleingangsphase in den Anfangsunterrichts des 1. Schuljahrs bzw. durch den erschwerten Rücktritt im laufenden 2. Jahr, sind große Lerngruppen im zweiten Jahr der Schuleingangsphase vorprogrammiert: Kinder, die am Ende von Klasse 2 nicht ins 3. Schuljahr versetzt werden können, kommen zu Beginn eines jeden 2. Schuljahrs zu den lernschwachen "Zwangsverbliebenen" hinzu. Hier ignoriert das neue Schulgesetz (absichtlich oder unabsichtlich?) die Tatsache, dass nicht alle Grundschulen jahrgangsstufenübergreifend arbeiten - was sie ja auch nicht müssen!



Ich bin Klassenlehrerin im 4.Schuljahr, habe ein inklusiv beschultes Kind (von 28!!! Kindern insgesamt). Eine Integrationshelferin habe ich nicht, die Förderschullehrerin steht mir mit 2 Std. zur Verfügung. Das Kind ist seit dem letzten Schuljahr bei mir, da waren wir noch 29 Kinder und es hat sich überhaupt nichts geändert zu diesem Schuljahr.



Wir haben kaum Platz zur Differenzierung - die Kinder arbeiten auf dem Flur vor der Klasse, wenn wir mal ausweichen möchten. Dort sind dann aber mitunter auch schon Gruppen aus der Parallelklasse. Gelegentlich geht es auch im Lehrerzimmer oder im Musikraum, der aber auch von der OGS genutzt wird.



Wir beschulen einige Kinder, die sozial-emotional extrem bedürftig sind und werden bis Februar einige AO-SF einleiten. Wie geht es dann weiter? Wenn wir die Kinder weiter beschulen, stehen wir vor dem Problem, dass wir keine Unterstützung durch eine Sonderpädagogin haben. Wie sollen wir das als Schule stemmen?



Wir haben keine ständige Doppelbesetzung in den Klassen. Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf stören den Unterrichtsablauf erheblich. Trotzdem wurden die Stunden der Integrationshelfer gekürzt.



Uns fehlt die nötige Ausbildung! Und: man wird den anderen Kindern in der Klasse einfach nicht mehr gerecht, weil die Energie sich auf sehr wenige fokussieren muss. ES-Schüler, sehbehinderte und lernschwache Kinder bedürfen besonders in Kl. 5 viel Aufmerksamkeit! Die übrigen Kinder jedoch ebenfalls... Es fehlt Personal, Personal, Personal!



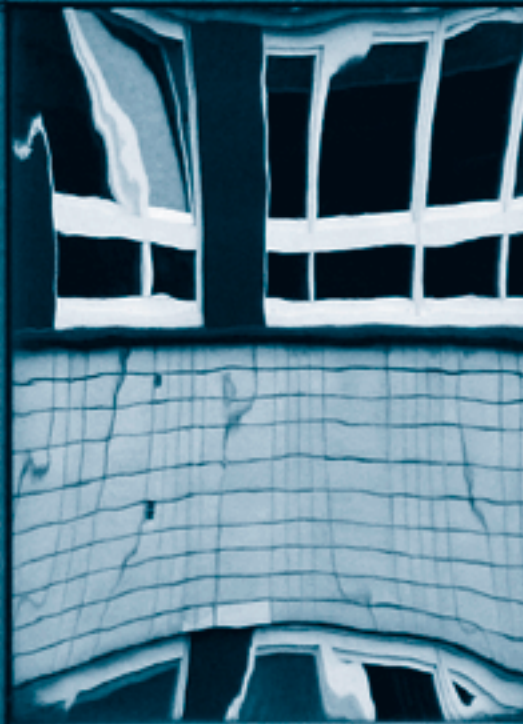
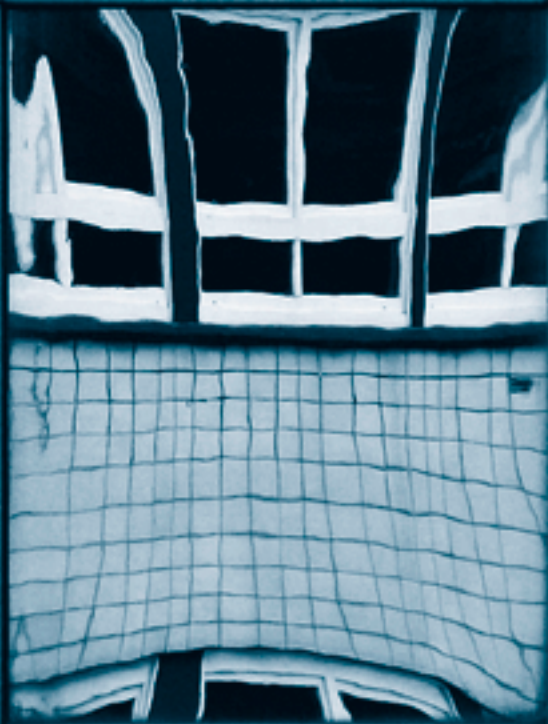
Es gibt Kinder in den 5. Klassen, die in der Grundschule wesentlich mehr Integrationshelferstunden hatten, als jetzt. Warum sind diese gekürzt worden? In den beiden 5. Kl. kann der Sonderpädagoge immer nur in einer Klasse sein, die dringend notwendige Doppelbesetzung fehlt. Gerade in der Hauptschule, wo mindestens immer noch 10 weitere Kinder pro Klasse mit nicht festgestelltem Förderbedarf sitzen, ist Förderung nicht realisierbar! Für uns als Regelschullehrer wäre eine parallele Fortbildungsreihe (1-2x im Monat) sehr hilfreich. Am besten organisiert von Praktikern mit konkreten Unterrichtsvorschlägen und Beratungsangeboten.

Wahrheiten

Die Erde ist eine Scheibe.

Die leckersten Lebensmittel haben die
wenigsten Kalorien.

In einem inklusiven Schulsystem ist es zwingend
notwendig, Kinder nach vier Schuljahren
in sieben verschiedene Schulformen zu sortieren.



Wenige Worte, noch weniger konkrete Substanz

// SPD und CDU haben bekanntlich nach der Kommunalwahl erneut eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. „Gemeinsam nachhaltig handeln“. Danach will man in Wuppertal handeln und hat auf 20 Seiten aufgeschrieben, was das konkret heißen soll. //

Den sehr schmalen schul- und bildungspolitischen Abschnitt haben wir uns angeschaut und möchten euch ihn und unsere Kommentare nicht vorenthalten.

SPD und CDU zu Grundschulen

„SPD und CDU stehen auch zukünftig für ein gut ausgebautes, ortsnahes und vielgestaltiges Grundschulangebot. SPD und CDU bekennen sich zur Gewährleistung der Schulwahlfreiheit der Eltern. Ein Ausdruck dieses Rechtes ist die Vielgestaltigkeit des Angebotes, das sich auch im Neben- und Miteinander von städtischen Gemeinschaftsgrundschulen und Bekenntnisschulen findet. Der Bestand der städt. evangelischen und katholischen Bekenntnisgrundschulen bleibt gesichert, solange Eltern diese Schulform wählen.“

Die GEW merkt an

Es ist enttäuschend, dass sich die einzige konkrete Aussage dieses Abschnittes auf die Sicherung der Bekenntnisschulen bezieht, obwohl doch bekannt ist, dass die Mehrzahl der Kinder zumindest an katholischen Bekenntnisschulen gar nicht dem katholischen Glauben angehören.

Mit der Entscheidung der Eltern für eine Bekenntnisschule versuchen diese, soziale Brennpunkte zu meiden. Die Stadt fördert damit die weitere soziale Entmischung in den Stadtteilen. Das sollte sie eigentlich verhindern.

Wir vermissen in diesem Zusammenhang ebenso eine klare Stellungnahme zur Schulentwicklungsplanung für die Grundschulen und zur Aufrechterhaltung von einzügigen Grundschulen. Eine verantwortungsvolle Schulentwicklungsplanung für die Grundschulen muss den Bestand von Gemeinschaftsgrundschulen in allen Stadtbezirken sichern, damit Kinder dort zur Schule gehen können, wo sie wohnen.

SPD und CDU zur Schulentwicklungsplanung

„Die Kooperationsfraktionen vereinbaren eine zügige Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen, ausgerichtet nach den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. SPD und CDU vereinbaren, ihre gemeinsamen Handlungen im Bereich der Schulentwicklungsplanung an den aktuellen Bedarfen und unter Beachtung der Bevölkerungsentwicklung praxisnah zu orientieren. Die positiven Ansätze zur Verbesserung des Überganges von Schule zum Beruf müssen weiter ausgebaut werden. Die praktische Umsetzung der Vermittlung von Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten gerade im Bereich der Sonderschulen hat dabei ein besonderes Gewicht.“

Die GEW merkt an

In der Tat vermissen wir für Wuppertal schon lange eine aktuelle Schulentwicklungsplanung. Wir haben den Eindruck, dass Schulentwicklungsplanung in Wuppertal zurzeit im wesentlichen in der Hand des Gebäudemanagements liegt. Schön, wenn Schulgebäude aufwändig saniert werden. Doch wenn es keine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Schulstruktur- und Schulentwicklungsplanung für die Stadt und ihre Stadteile gibt, ist die Gefahr von Investitionen an falscher Stelle groß. Erst saniert oder sogar neu gebaut und dann doch geschlossen? So z.B. geschehen beim Neubau der früheren Kath. Grundschule Holthausen Straße, so im Schulzentrum West, saniert für eine Hauptschule, jetzt vorgesehen für eine Grundschule, die schließlich ganz andere Bedürfnisse hat, vielleicht demnächst bei der KHS St. Laurentius oder beim Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium, das seit zwei Jahren nur zweizügig aufnimmt?

Es ist z.B. offensichtlich, dass die Nachfrage nach Hauptschulen bei den Erstanmeldungen gegen Null tendiert. Trotzdem greift der Schulträger nicht planend ein, sondern überlässt es einem unkoordinierten Zufallsprinzip, welche Schule als nächstes in den Schließungsprozess geht.

Dabei lässt die Stadt es zu, dass für den gesamten Elberfelder, Vohwinkeler und Cronenberger Raum nur noch eine katholische Hauptschule existiert, obwohl dort die Eltern bei der Anmeldung erklären müssen, dass ihr Kind am katholischen Religionsunterricht teilnehmen muss und gemäß des katholischen Glaubens erzogen wird.

Auch die Realschulen „leben“ mittlerweile zu etwa 50% nur noch von Schülern, die keinen Platz finden an den Gesamtschulen.

Wir vermissen in Wuppertal eine Orientierung am realen Bedarf der Familien. Auf die Eltern, die ein längeres gemeinsames Lernen für wichtig halten, wird keine Rücksicht genommen, das zeigt eindrücklich Jahr für Jahr die Zahl der abgelehnten Kinder, die an die Gesamtschule wechseln möchten.

Im Übrigen möchten wir den Verfassern des Papiers mit auf den Weg geben, dass die Sonderschulen seit 2005 Förderschulen heißen.

SPD und CDU zur Inklusionsplanung

„Das vom Rat der Stadt bereits beschlossene Handlungsprogramm zur Wuppertaler Inklusionspolitik für die Bereiche Bildung und Erziehung soll in den weiteren Handlungsfeldern konsequent weiterentwickelt werden. SPD und CDU vereinbaren hierzu, den Inklusionsplan für Wuppertal zügig fortzuschreiben und die Stelle eines oder einer Inklusionsbeauftragten einzurichten.“

Die GEW merkt an

Leider besteht der Inklusionsplan für den Bereich Schule nur aus wenigen völlig unkonkreten Zeilen. Fakt ist jedoch, dass die Stadt ausgerechnet jetzt, wo die Inklusion ausgebaut wird, die Betreuung der behinderten Kinder in den Regelschulen massiv verschlechtert hat.

So haben die Kinder mit Lernbehinderung und mit sozial-emotionalen Defiziten nicht mehr wie bisher einen Anspruch auf Betreuung durch Integrationsfachkräfte. Das bedeutet für diese Kinder eine erhebliche Verschlechterung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, denn erst durch die Arbeit der Integrationsfachkräfte ist es möglich, Ausgrenzung im gesamten Schulleben zu vermeiden und die Bewältigung der Herausforderungen in den Regelklassen zu meistern.

Genauso gravierend ist, dass nun für diese Aufgabe auch ungelehrte Kräfte eingestellt werden, die weder eine erzieherische noch eine sozialpädagogische Ausbildung haben. Dieser Vorgang ist auch deshalb völlig unverständlich, da ja durch das Land gerade für diesen Bereich Refinanzierungsmöglichkeiten eröffnet wurden.



SPD und CDU zur Bürgerbeteiligung

„Bürgerbeteiligung ist unserer Auffassung nach eine Querschnittsaufgabe in der Verwaltung, denn durch aktiven Austausch und Teilhabe kann in vielen Sachfragen sicherlich nicht nur die Effektivität gesteigert sondern vor allem auch eine höhere Akzeptanz für kommunalpolitische Entscheidungen herbeigeführt werden. Idealerweise sollte die Einbindung schon zu Beginn des Verwaltungsprozesses ermöglicht werden.“

Die GEW merkt an

Bravo, wir sehen völlig neuen Zeiten entgegen! Zukünftig wird die Stadt Wuppertal als Schulträger rechtzeitig und umfassend die Schulgemeinden in angedachte Planungen einbeziehen. Endlich wird Schluss damit sein, dass z.B. die Schulen über ihre bevorstehende Schließung aus der Presse erfahren. Schade, dass Schuldernent Nocke daran nicht dachte, als er kürzlich die Schließung des Berufskollegs Am Kothen wieder einmal durch die Presse als feststehende Tatsache verkaufte und damit sogar die politischen Gremien übergang.

Das sehen wir sehr positiv

SPD und CDU wollen die Zusammenführung von Jugendhilfeplanung und Bildungsplanung zu einer ganzheitlichen Jugendbildungsplanung. Die GEW begrüßt diesen Schritt ausdrücklich und hofft, dass er auch inhaltlich positive Akzente setzen wird.

Bitte vormerken

Jahresausklang der GEW Wuppertal

Freitag, 5. Dezember 2014 ab 18 Uhr

... diesmal mit den „daktikern

Einladung folgt.

Schulsozialarbeit muss bleiben

// Mehr als 2000 Menschen waren am 17. September 2014 mit auf der Straße in Wuppertal, um für den Erhalt der Schulsozialarbeit zu demonstrieren. Am 31.12.2014 soll Schluss sein, obwohl alle die Schulsozialarbeit wichtig, sinnvoll und unverzichtbar finden. Doch keiner will sie bezahlen, nicht der Bund, nicht das Land, nicht die Kommune. //

Inge Hanten von der GEW Wuppertal fasste in ihrer Rede auf der Kundgebung vor dem Barmer Rathaus die vielfältigen Aufgaben der Schulsozialarbeit prägnant zusammen:

- Sie ist Schnittstelle zwischen SchülerInnen, Lehrerinnen und Eltern.
- Sie arbeitet intervenierend und präventiv für alle Kinder und Jugendlichen der Schule.
- Sie erfüllt Aufgaben, die LehrerInnen häufig nicht mehr leisten können und müssen.
- Sie ist Kooperationspartner von Schule und Jugendhilfe, z.B. um das Kindeswohl zu schützen und Hilfe zur Erziehung zu vermitteln.
- Die Schulsozialarbeiterinnen sorgen dafür, dass die Mittel aus dem BuT abgerufen werden und bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.
- Sie sind Vertrauenspersonen und AnsprechpartnerInnen für Sorgen und Probleme, auch außerhalb des schulischen Alltags.
- Sie leisten Einzelhilfe und Beratung bei familiären Problemen, für Flüchtlingsfamilien, für Kinder mit geringen Deutschkenntnissen in Förderklassen und in Klassen mit gemeinsamem Lernen.

Sie richtete deutliche Worte an die Stadtverordneten der Kooperationsparteien CDU und SPD:

„Sie wollen die Bürgerbeteiligung intensivieren. Wir sind hier!

Sie wollen eine deutliche Steigerung der Familienfreundlichkeit in unserer Stadt! Wir sind hier!

Sie wollen Armutsprävention, Integration und Sprachförderung verstärken? Dazu brauchen Sie die Schulsozialarbeit. Ohne sie sind die Aufgaben gar nicht zu stemmen!

Setzen Sie sich mit uns für eine dauerhafte Lösung ein:

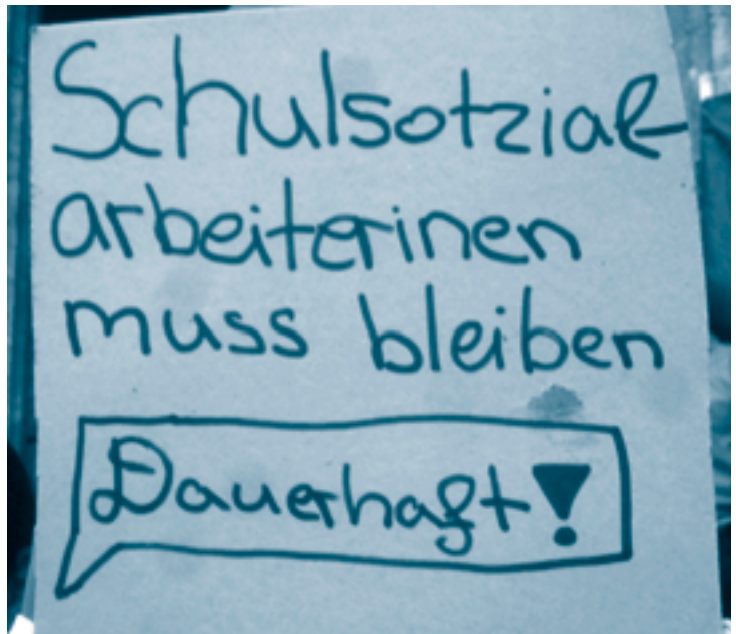
- Schulsozialarbeit muss im Bildungssystem gesichert werden.
- Schulsozialarbeit muss rechtlich und mit einem Stellenschlüssel abgesichert werden.
- Für die Politik auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene muss Schulsozialarbeit eine gemeinsame Aufgabe sein.

Kinder, Jugendliche und deren Familien müssen sich dauerhaft auf die Schulsozialarbeit verlassen können.

Unsere Forderung an die Politik hier und heute ist nicht zu übersehen und zu überhören! Lassen Sie es nicht zu, dass aufgebaute Strukturen zerschlagen werden! Investieren Sie jetzt in Prävention! Handeln Sie wie zuerst Köln und jetzt auch Leverkusen!

Setzen Sie als verantwortungsbewusste Kommune gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern die Schulsozialarbeit fort und setzen Sie damit im Schulterschluss mit anderen mutigen Städten und Kommunen Land und Bund unter Druck!

Finanzieren Sie die Stellen so lange, bis sich Bund und Land einigen und die Stellen fest verankert sind. In einer Stadt, in der jedes dritte Kind von Hartz IV betroffen ist, ist Schulsozialarbeit unverzichtbar!“





Jubiläumsgeld

Auch im öffentlichen Dienst gibt es beim Dienstjubiläum noch Geld, allerdings nur für Tarifbeschäftigte.

25 Jahre Dienst sind dem Arbeitgeber 350 Euro wert. Wer 40 Jahre schafft, dem werden 500 Euro gezahlt. Auch Teilzeitbeschäftigte erhalten das Jubiläumsgeld in voller Höhe.

Problem ist nur, dass die Schulbehörden offensichtlich nicht in der Lage sind, die Beschäftigungszeiten nachzuhalten. Das ist ein Trauerspiel und GEW-Personalräte versuchen seit Jahren, hier mehr Wertschätzung einzufordern. Deshalb unser dringender Rat an alle Tarifbeschäftigten in den Schulen, sich rechtzeitig schriftlich beim Schulamt oder der Bezirksregierung zu melden und das Jubiläumsgeld einzufordern. Bereits 6 Monate nach dem Jubiläum ist der Anspruch auf das Jubiläumsgeld nämlich verfallen. Den freien Tag anlässlich des Jubiläums gibt es noch für Tarifbeschäftigte und Beamte.

Erstattung der Rentenbeiträge

Wer als Angestellter mit Vertretungsverträgen an Schulen beschäftigt ist, zahlt Beiträge an die Deutsche Rentenversicherung und Beiträge für die Zusatzversorgung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

Angestellte, die dann in eine feste Stelle übernommen und Beamte auf Lebenszeit werden, bekommen später die Zeiten als Lehrkraft im Angestelltenverhältnis für die Berechnung der Pensionsansprüche anerkannt. Wer weniger als 60 Monate in die Rentenversicherung und die VBL eingezahlt hat, erwirbt keinen Rentenanspruch aus diesen Beitragszahlungen. Man kann sich deshalb die eingezahlten Beiträge zurückerstatten lassen. Das sollte man allerdings frühestens dann tun, wenn die Verbeamtung auf Lebenszeit erfolgt ist. Für die Erstattung der Beiträge ist ein Antrag bei der Deutschen Rentenversicherung bzw. VBL erforderlich.

Einsatz an zwei Schulen bzw. Dependancen

Lehrkräfte, die an zwei Schulstandorten arbeiten (müssen), haben möglicherweise Anspruch auf Fahrtkostenerstattung für die Fahrt zur zweiten Einsatzstelle bzw. zwischen den Standorten. Zu den näheren Regelungen weisen wir auf unser Info in der Reihe „kurz & knapp“ auf unserer Internetseite www.gew-wuppertal.de unter Downloads hin.

Gehaltsvorschuss

Beschäftigte im öffentlichen Dienst können ihn beantragen, wenn besondere Gründe vorliegen.

Das sind:

- Wohnungswechsel aus zwingendem Anlass – zu Aufwendungen für die Anschaffung von Möbeln und Hausrat dürfen Vorschüsse nicht gewährt werden – ,
- Erstbeschaffung von Kraftfahrzeugen, wenn man wegen einer Behinderung von mindestens 50 v. H. für das Zurücklegen des Weges zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf ein eigenes Kraftfahrzeug angewiesen ist,
- Möbel- und Hausratbeschaffung aus Anlass der Eheschließung, der erstmaligen Begründung eines eigenen Hausstandes oder der Ehescheidung,
- Aussteuer oder Ausstattung der eigenen Kinder, Adoptiv-, Pflege- und Stiefkinder bei deren Verheiratung oder erstmaliger Begründung eines eigenen Hausstandes,
- Ersatzbeschaffung bei Verlust von Möbeln, Hausrat und Bekleidung in Fällen, für die ein Versicherungsschutz nicht zu erlangen ist,
- schwere Erkrankung und Bestattung von bedürftigen, beihilfenrechtlich nicht berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen.

Der Vorschuss darf das Dreifache der monatlichen Bezüge - höchstens jedoch 2560 € - nicht übersteigen, wird nicht verzinst und ist in höchstens zwanzig gleichen Monatsraten zu tilgen. Die Rückzahlung beginnt direkt nach der Auszahlung. Der Antrag sollte binnen sechs Monaten nach Entstehen der Aufwendungen bei der Personalverwaltung gestellt werden.

Quelle: Vorschussrichtlinien, RdErl. Finanzmin. v. 2.6.1976 – B 3140 – 0.1 – IV A 4 1

Ausschlussfrist für Tarifbeschäftigte

Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis entfallen, wenn sie nicht innerhalb von sechs Monaten nach Fälligkeit von den Beschäftigten oder vom Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden. So zu lesen im § 37 des Tarifvertrags Länder (TV-L). Man tut also gut daran, Ansprüche sofort zu überprüfen und entsprechend zu handeln.

Erwerb eines zusätzlichen Lehramtes

// An allen Schulformen der Sekundarstufe I arbeiten ausgebildete Primarstufenlehrkräfte, oft schon seit vielen Jahren. Viele von ihnen möchten dauerhaft in der Sekundarstufe I bleiben und nicht mehr zurück an die Grundschule wechseln. //

In diesem Fall empfiehlt es sich, über den Erwerb der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I nachzudenken. Warum? Eine Primarstufenlehrkraft an einer Schulform der Sekundarstufe I ist z.B. von allen Beförderungssämtern ausgeschlossen, vom ersten Beförderungssamt (A 13/EG 13) und von allen Schulleitungsfunktionen.

Für den Erwerb des zusätzlichen Lehramtes gibt es ein vereinfachtes Verfahren. Dieses gilt allerdings nur noch bis zum **31.12.2015** (LABG 2009, § 20 Abs. 9).

Wie ist das Verfahren?

Voraussetzung ist eine mindestens 30-monatige hauptberufliche Tätigkeit in der Sekundarstufe I. Es erfolgt eine dienstliche Beurteilung durch die Schulaufsicht, die ein einstündiges Kolloquium und eine Unterrichtsprobe in zwei Fächern umfasst. Die dienstliche Beurteilung muss insgesamt mit der Bestnote abschließen.

Es reicht aus, mit einem formlosen Antrag an die Bezirksregierung den Erwerb des Lehramtes für Grund-, Haupt- und Realschulen (und den entsprechenden Jahrgangsstufen der Gesamtschule) zu stellen. Man kann dieses Verfahren auch mit der Bewerbung auf eine Beförderungsstelle auf das erste Beförderungssamt (SEK I A13/EG 13) koppeln.



Schule ohne Leitung - Vertretung zum Nulltarif?

Eine Schule ohne Schulleitung ist vor allem an den Grund- und Hauptschulen keine Seltenheit.

Die Stelle ist nicht besetzt, die Aufgaben müssen trotzdem erledigt werden, oft von stellvertretenden Schulleitungen, nicht selten aber von Lehrkräften. Zwar können diese Lehrkräfte die Stunden aus der Schulleitungspauschale in Anspruch nehmen, doch was ist mit der Bezahlung für diese „höherwertige“ Aufgabe?

Spätestens seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24.4.2011 sind die Bedingungen festgesteckt, wann es auch eine Vergütung für den zusätzlichen Stress und Arbeitsaufwand geben kann. Das ist nicht zufriedenstellend, aber trotzdem sollten Betroffene unbedingt einen entsprechenden Antrag stellen.

Sind die Bedingungen erfüllt, muss eine Ausgleichszulage gezahlt werden, die dem ausgeübten Amt entspricht. Durch den Rost fallen alle diejenigen, die jemanden vertreten, weil er längerfristig krank ist oder weil er z.B. an eine andere Schule abgeordnet wurde. Erste Voraussetzung ist, dass die Stelle definitiv unbesetzt ist.

Die weiteren Voraussetzungen:

- Die höherwertigen Aufgaben müssen 18 Monate ununterbrochen wahrgenommen worden sein.
- Für die Übertragung des Amtes müssen die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. *

Für tarifbeschäftigte Lehrkräfte werden diese Bedingungen analog angewendet.

Im Klartext: Erst nach 18 Monaten unentgeltlicher Arbeit entsteht der Anspruch auf Bezahlung unter den geschilderten Bedingungen. Eine Verjährung tritt erst nach Ablauf von drei Jahren ein. Wer also noch zurückliegende Ansprüche geltend machen möchte, kann dies bis zum 31.12.2014 noch für die Jahre 2013, 2012 und 2011 tun. Tarifbeschäftigte müssen den Antrag allerdings spätestens 6 Monate nach Entstehen des Anspruches beantragen. Es empfiehlt sich, das zuständige GEW-Personalratsmitglied zu informieren.

*Die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen müssen jedoch nicht innerhalb der Wartefrist von 18 Monaten vorliegen. Treten sie danach ein, ist ab diesem Zeitpunkt die Zulage zu gewähren.

Neu im Beruf

Fortbildungstag der GEW für Lehrkräfte in der Probezeit oder mit Vertretungsverträgen

Montag, 17. November 2014, 10 – 16 Uhr

die börse, Wolkenburg 100, 42119 Wuppertal

1000 Fragen – Wer gibt Antwort?

Wer ist eigentlich zuständig für welches Problem? Schulleitung, Lehrerrat, Schulamt, Bezirksregierung, LBV?

Wo finde ich Antwort auf meine Fragen?

Personalräte aller Schulformen stellen sich Ihren Fragen.

Im Dschungel der Beschäftigungsverhältnisse

Rechtliche Bestimmungen für die Probezeit von BeamtInnen und Angestellten - Regelungen für Seiteneinsteiger in der OBAS und der Pädagogischen Einführung - Probleme bei befristeten Vertretungsverträgen

In Arbeitsgruppen informieren wir über die Regelungen für die verschiedenen Beschäftigungsverhältnisse.

12.30 Uhr - 13.30 Uhr: Die GEW spendiert ein Mittagessen

Fit für die beruflichen Anforderungen: Stimm- und Sprechtraining

In unserem Workshop erhalten Sie mit gezielten Übungen aus der Sprecherziehung Tipps und Anregungen, wie Sie Ihre stimmlichen Fähigkeiten trainieren, stärken und weiter entfalten können.

Referentin: Gaby Debye-Göckler

Kommunikationstrainerin und Sprecherzieherin (DGSS)

Teilnahmebeitrag: 10 € - GEW-Mitglieder kostenfrei

Anmeldungen per Mail an gew.wuppertal@t-online.de

Sonderurlaub erteilt die Schulleitung.

Eine Veranstaltung der GEW in der Bergischen Region

Selbstsicher – und überzeugungsstark

Wie vertrete ich meine eigenen Interessen?

Kennen Sie solche Situationen auch? Sie wussten genau, was sie sagen wollten, Ihr Gegenüber bringt sie jedoch so aus dem Konzept, dass sie den Faden verlieren.

Oder sie übernehmen den Sonderdienst am Tag der offenen Tür, obwohl Ihre Kollegin an der Reihe wäre. Oder Sie wollten im Elterngespräch das Verhalten eines Kindes kritisieren und stehen plötzlich selber unter Beschuss.

Dann ist es wahrscheinlich, dass Sie manipuliert wurden. Dabei ist das Spektrum an Manipulationstechniken sehr vielfältig.

Wir laden Sie herzlich ein, in unserem Seminar verschiedene Lösungsmöglichkeiten in Form von sechs Taktiken kennen zu lernen, mit denen Sie kritische Situationen selbstbewusster meistern und seltener in die Falle tappen.

Referentin:

Maja Heinig-Lange

Dipl. Pädagogin, Trainerin, Beraterin, Moderatorin

Montag, 10. November 2014

15.30 – 18.00 Uhr

Seminar- und Tagungsraum Loher Bahnhof Wuppertal

Rudolfstr. 125, 42285 Wuppertal

(Zugang über die Nordbahntrasse)

Anfahrt siehe: www.seminarraum-loherbahnhof.de

Kostenbeitrag: GEW-Mitglieder: umsonst,

Nicht-GEW-Mitglieder: 10 €

Verbindliche Anmeldung bis Mittwoch, 05. November 2014
mit Namen und Angabe der Schule / Schulform per Mail an:

gew.wuppertal@t-online.de

(Berücksichtigung nach Eingang der Anmeldung)



junge GEW im beatz

kennenlernen. reden. mitmachen.

wann: 27.11.2014 um 19.00 Uhr

wo: beatz und kekse

Luisenstraße 86, 42103 Wuppertal

warum: **kennenlernen.**

wer steckt hinter der GEW.

was kann die GEW für mich tun.

reden.

das bewegt mich. das regt mich auf.

das geht gar nicht.

mitmachen.

wie kann ich mitmischen und mitgestalten,
mitanpacken, mitstreiten, mitbestimmen und
mit anderen mehr erreichen.

**wir sehen uns im beatz
bei einem getränk und kekzen
gesponsert von der gew**

**schick eine Mail an
gew.wuppertal@t-online.de
wir freuen uns.**

Dat gov en Kriegsgewemmel

// Szenen und Stimmen aus dem Wuppertal des Kriegssommers 1914. Eine Collage von Hans Werner Otto. //

Das Grauen schleicht sich ganz langsam in die Herzen der Zuschauer. In beeindruckender Banalität – auf der Grundlage jener Wuppertaler Quellen, mit denen Hans Werner Otto die Stimmung im Tal in jenem Sommer 1914 aufspürt - teilen sich deutsche Kriegslust und stumpfer Nationalismus mit.

Das ist zum einen der Ort. Die frisch renovierte Aula der „Aue“, die den kaiserlichen Glanz des damaligen Realgymnasiums spürbar und den „Hurra Patriotismus“ auch dieser Schulgemeinde schon fast wieder hörbar macht. Hier feierten vor 100 Jahren Lehrer und Schüler in mehreren Veranstaltungen die ersten deutschen Siege; von dieser Schule meldete sich eine ganze „Prima“ geschlossen an die Front. Vom nahegelegenen Steinbecker Bahnhof gingen Truppentransporte ab.

Das ist die Sprache. Einfache Leute in ihrem Platt. Der Pfarrer von St. Laurentius, der in einer Predigt gegen Frankreich hetzt, wenn er den ‚schrecklichen Frevel aus dem Welschenlande‘ – gemeint sind Kondome – geißelt, mit dem die deutsche Wehrtüchtigkeit zersetzt wird.

Das sind die Briefe des Walter Rieth aus dem Schützengraben an seine Familie. In einem seiner letzten – Kriegswinter 14/15 – bittet er seine Mutter nur noch um Läusemittel, weil er seit 14 Tagen nicht mehr aus den nassen Kleidern kommt. Er stirbt 21jährig den „Heldentod“ durch eine verirrte Kugel. Da ist das Kintopp Klavier des Hartmut Klug, das kommentiert und verstärkt.

Da ist Carl Duisberg, der dem General untertänigst schmeichelnd sein Giftgas andient. Der bestialische Menschenversuch kostete 500.000 Menschen in den Schützengräben bei Ypern das Leben.

Das alles ist kein Theater. Das ist grausige Realität, bestens auf die Bühne gebracht und berührend dargestellt von einem Ensemble, das uns alle repräsentiert. Der Tod ist eben auch ein Meister aus Wuppertal. Sowohl die Stadt als auch die Schulgemeinde des Carl-Duisberg-Gymnasiums sollten sich von dem Massenmörder distanzieren und der Schule einen würdigeren Namen geben.

Gerd Holl

21.10.2014, 19.30h, Hochschule für Musik und Tanz, Sedanstr. 15, 42275 Wuppertal
04.11.2014, 19.30h, Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz 4, 42275 Wuppertal



Herzlichen Glückwunsch von der GEW Wuppertal

Besondere Geburtstage von Juli 2014 bis September 2014

Unsere Jüngsten

23 Jahre

Oktay Altin
Azime Celik

30 Jahre

Tobias Berresheim
Fabienne Guillaume
Maren Haerst
Stefan Horstmann
Kathrin Kassel
Alenja Luisa Keunecke
Nora Schmidt

40 Jahre

Anja Bakker
Kristin Henn
Claudia Riemer
Dr. Sascha Schierz
Kristina Schmidt
Cornelia Walbersdorf

50 Jahre

Claudia Braun
Christine Gösde
Heiner Kalenberg
Christoph Link
Karen Strugar
Erik von Praznovsky
Claudia Zetzsche

60 Jahre

Mechthild Bach
Dietlinde Brodersen
Carmen Fenner
Manfred Flume
Kornelia Fohrer
Barbara Gerwin
Claudia Hasse
Ursula Meurer
Klaus Mies
Jutta-Evelyn Riemer
Hans-Peter Schulz
Elke Wirth

70 Jahre

Robert-Michael Eid
Wolfgang Hochherz
Gabriele Kamps
Katharina Stölting

80 Jahre

Ruth Neuhaus-Eschmann

86 Jahre

Gerhard Schmidt-Stein

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße der Personalräte aller Schulformen. Ich durfte etliche Male hier stehen, es ist allerdings definitiv das letzte Mal, im nächsten Jahr sitze ich im Publikum.

Wenn man das schon häufiger gemacht hat, ist zu befürchten, dass die Ideen für eine angemessene Rede ausgehen. Was tun? Keine Frage: Internet, Stichwort Lehrer. Wikipedia nahm den Spitzenplatz ein. Doch ich war überrascht von der Definition:

„Ein Lehrer (oder eine Lehrerin) ist eine Person, die kraft ihrer höheren Kompetenz auf bestimmten Gebieten anderen etwas beibringt. Da es sich um keinen geschützten Begriff handelt, kann sich grundsätzlich jeder so bezeichnen, der sich in einer Phase der Vermittlung von Wissen, Können, Lebensweisheit, Ausbildung oder Bildung befindet. Es ist ein vielschichtiger, schillernder Begriff, der in der Umgangssprache, als Berufsbezeichnung oder als Ehrentitel eine sehr unterschiedliche Bedeutung annehmen kann. „Lehrer“ ist der Oberbegriff für alle Arten von Lehrenden, die sich durch eine entsprechende Kompositabildung (Fluglehrer, Tanzlehrer, Gymnasiallehrer etc.) jeweils näher kennzeichnen lassen.“

Ehrlich gesagt, ich war ernüchtert: Wir sind eine „ungeschützte Gruppe“, wenn auch mit Ehrentitel.

Ich stieß auf die Bildzeitung vom 19.6.2014: „Auf sie richten sich heute 85 Augenpaare. Sophie Schmidt (30) aus Baden-Baden ist zum großen Lehrer-Casting in der Hauptstadt angereist. Im großen Saal des Rathauses Tiergarten findet heute das erste zentrale Pädagogen-Casting des Senats fürs neue Schuljahr statt. Die Jury – 85 Schulleiter und Senatsexperten – müssen einen Teil der 1957 Stellen besetzen. Es gibt 5600 Bewerber, viele aus anderen Bundesländern.“

Da erinnere ich mich doch gerne an meine Einstellung Anfang der 70er-Jahre - hier im Ratssaal - damals wurden übrigens die jungen Lehrkräfte von der Stadt feierlich begrüßt, eine kleine Anregung an den Oberbürgermeister.

Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht auch an diese Jahre. Es war selbstverständlich, nahtlos und ohne Wartezeiten eine Stelle zu bekommen - Lehrermangel. Meine erste Stelle war an der Hauptschule Tesche. Der Schulleiter drückte mir zur Begrüßung zwei Stundenpläne in die Hand für die beiden 5. Schuljahre, die ich beide als Klassenlehrerin übernehmen durfte. Auf jedem der Pläne waren 14 Kreuze. Das waren meine 28 Stunden Unterrichtsverpflichtung. „Überlegen Sie sich bitte selbst, welche Fächer Sie machen. Mehr Lehrerstunden habe ich nicht für die Klassen ... Diese 14 Stunden für die Kinder waren auf sechs Tage verteilt. Ich

kann mich noch gut erinnern, dass ich in der Physikstunde, die ja auch mal sein musste, fast immer dringende Klassengeschäfte zu besprechen waren.

Doch nur fünf Jahre später bangten die fertigen Referendare, eine Einstellung zu bekommen, mussten Zwangsteilzeit in Kauf nehmen. Und noch ein paar Jahre später waren Tausende arbeitslos, mussten als Taxifahrer oder bei der Deutschen Post arbeiten, anstatt in ihrem erlernten Beruf.

Diese Berg- und Talfahrt ist uns in all den Jahrzehnten erhalten geblieben: Lehrermangel folgte Lehrerüberangebot, mit all den sozialen Folgen - und den Folgen für die Stellensituation in den Schulen. Mir ist es bis heute ein Rätsel geblieben, warum zuständige Landesregierungen es nie geschafft haben, hiermit Schluss zu machen, planbar umzugehen und auch mal vorausschauend einzustellen.

Genug der Rückblicke, schauen wir auf die Zeit, die Sie in den letzten Schuljahren erleben durften. Immer wieder gab es neue beunruhigende Entwicklungen, die auch vor den Schultoren nicht halt machte. Erst jetzt ist ein neuer Virus aufgetaucht - der SPV.

Sie wissen, die Impfmüdigkeit der deutschen Bevölkerung ist gewachsen, neue Virusarten machen sich breit. Bei dem SPV spricht die Fachwelt bereits von einer neuen überaus ernstzunehmenden Bedrohung. Immer mehr Menschen weisen böse Prellungen auf, weil sie in einem Tunnelblick verhaftet, in Kinderwagen, Autos oder Fahrräder gerannt sind. Die Opferzahlen steigen und steigen. Und die Schulen sind hochsensibel betroffen. Die Mediziner sehen die Symptome irgendwo zwischen Burnout und Autismus verortet. Er überträgt sich in Kantinen, in Turnhallen, in Schulgebäuden, in Büros. Er ist wohl hochansteckend, nirgendwo ist man sicher. Hat ein Schüler sich infiziert, überträgt er das sofort auf die Mitschüler. In vielen Fällen wurden sprachliche Defizite sowie Störungen der Grob- und Feinmotorik festgestellt, allein der rechte Daumen scheint davon ausgenommen zu sein. Sie wissen längst, welchen Virus ich meine: den gemeinen Smartphone-Virus.

Doch auch andere Krankheitssymptome machen sich in der Schule breit. Ärzte einer Uniklinik sind bei Lehrern und Erziehern auf ein neues Krankheitsbild gestoßen: die "masochistische Duldnungsstarre".

Die Patienten sind davon überzeugt, das Elend der Welt tragen und korrigieren zu müssen. Öffentliche Vorwürfe und immer neue Zumutungen nehmen sie bereitwillig auf sich. Wie Sisyphos rollen sie Steine bergauf und haben ein schlechtes Gewissen, wenn der Felsen wieder ins Tal donnert. Nur ganz vage ahnen sie, dass die ganzen Aufgaben von ihnen allein gar nicht gelöst werden können.



Die masochistische Duldungsstarre verhindert, dass sie die Eltern vehement an ihre Erziehungspflichten erinnern und von Politik, Wirtschaft und Spaßgesellschaft lautstark inhaltliche, materielle und personelle Unterstützung fordern. Schade! Sonst müsste man in deutschen Landen ja vielleicht umdenken und wirklich grundlegende Änderungen zugunsten der Bildungsinvestitionen vornehmen.

Vielleicht haben Sie in den letzten Wochen auch die Diskussion über den Niedergang der Handschrift im Allgemeinen verfolgt und das Problem, welche Schulschrift die richtige ist: die lateinische Ausgangsschrift, die vereinfachte Ausgangsschrift, die deutsche Schulschrift usw.

Die Grundschullehrer unter Ihnen werden mit Wehmut an die endlosen Konferenzen zu diesem Thema zurückdenken. Dabei sind solche Diskussionen völlig überflüssig, eigentlich steht eine ganz andere Entwicklung vor uns: die Abschaffung der Handschrift. Kenner jedenfalls prophezeien genau dieses.

YouTube-Videos übernehmen die Funktion von Lehrbüchern, Smartboards ersetzen die Kreidetafeln, ja selbst das Tippen auf einer Tastatur wird durch Diktierfunktionen von Smartphones überflüssig gemacht. „Bildung kommt schließlich von Bildschirm und nicht von Buch, sonst hieße es ja Buchung.“ So sagte es Dieter Hildebrandt treffend.

Herrliche Aussichten: Die 30-seitigen Mail-Botschaften des Schulministeriums zum Selbstausdrucken sind endlich Vergangenheit. Die Schulministerin tanzt den Erlass per Videobotschaft in Farbe vor!

Aber es gibt auch beruhigende Konstanten in Ihrem Berufsleben: In wenigstens jeder dritten Lehrerkonferenz haben Sie sich entweder mit den Maßnahmen gegen die Raucherecke hinter der Turnhalle oder den unhaltbaren Zuständen auf den Schulklos beschäftigt. Seien Sie froh, dass Sie gehen. Es gibt Ankündigungen des Gebäudemanagements, dass sich Lehrkräfte und Schüler die Klos teilen und sich in eine Klo-Reihe mit den Schülern einordnen müssen. Da wünsche ich Ihnen doch lieber einen verdienstvollen, ruhigen und gesunden Ruhestand. Ein Rat noch zum Schluss von Erich Kästner und Mark Twain:

„Erst bei den Enkeln ist man dann so weit, dass man die Kinder ungefähr verstehen kann.“

„Verschieben Sie nicht auf morgen, was genauso gut auf übermorgen verschoben werden kann.“

In diesem Sinne: Alles Gute!

Helga Krüger



Guter Rat

Offene Beratungsstunde der GEW Personalräte

immer montags*

16 - 17 Uhr

GEW-Laden

Paradestr. 21, 42107 Wuppertal

*außer in den Schulferien

Befristet beschäftigt im Schuldienst

Im Mai hatte die GEW Wuppertal eine Sonderberatung für befristet Beschäftigte durchgeführt. Das Interesse war riesig, hatte doch das Bundesarbeitsgericht gerade engere Grenzen für die Zulässigkeit von Befristungen gezogen. Wir berichteten im letzten also darüber.

Die Materialien unserer Veranstaltung (Powerpointvortrag, Gerichtsurteil, Erlasse etc.) sind auf unserer Internetseite eingestellt:

www.gew-wuppertal.de



Leitungsteam

Gerd Holl

bender-holl@t-online.de

Helga Krüger

krueger.wtal@t-online.de

Richard Voß

r-voss@versanet.de

Kassierer

Wilhelm Lohmann

ewlohmnn@gmx.de

Schriftführerin

Gudrun Istel

g.istel@versanet.de

Angestelltenteam

Dr. Egbert Fröse

egbert-froese@web.de

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gmx.net

Thomas Oerder

thomas@oerderwunsch.de

Clemens Pieper

pieper.preisler@gmx.de

Christine Schwedler

christine.schwedler@t-online.de

Fachgruppe Grundschule

Susanne Adlung

adlungsusanne@ish.de

Richard Voß

r-voss@versanet.de

Fachgruppe Förderschule

Conny Fahle

c.fahle@wayoda.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein

thorsten.klein.wtal@t-online.de

Fachgruppe Gesamtschule

Dieter Gerdes

moellney-gerdes@arcor.de

Fachgruppe Realschule

Christian Neumann

cujneumann@web.de

Fachgruppe Berufskolleg

Rolf Kruwinnus-Rausch

mr-rausch@telebel.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-pr@t-online.de

Kontakt Studierende

Serpil Gül-Gerard

hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozenten

Dr. Susanne Achterberg

achterberg@wiwi.uni-wuppertal.de

Verbindung zum DGB

Dr. Dirk Krüger

krueger.wtal@t-online.de

Örtlicher Personalrat Grundschule Wuppertal

Gudrun Istel (Vorsitzende)
g.istel@online.de

Susanne Adlung (stellv. Vors.)
adlungsusanne@ish.de

Richard Voß
r-voss@versanet.de

Christine Schwedler
christine.schwedler@t-online.de

Ulla Bluhm
ulla.bluhm@gmx.net

Nina Stein
nina.stein@gmx.de

Martina Haesen
m.haesen@t-online.de

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gmx.net

Hatun Cici
hatuncici@web.de

Personalräte bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Hauptschule
Helga Krüger
krueger.wtal@t-online.de

Thorsten Klein
thorsten.klein.wtal@t-online.de

Förderschule
Vera Nölke
vera.noelke@t-online.de

Realschule
Christian Neumann
cujneumann@web.de

Gesamtschule
Dieter Gerdes
moellney-gerdes@arcor.de

Gymnasium
Michael Brischke
michael.brischke@telebel.de

Ulrich Jacobs
ulrichjacobs-pr@t-online.de

Berufskolleg
Rolf Kruwinnus-Rausch
mrrausch@telebel.de

Personalrat wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigte Bergische Universität

Dr. Susanne Achterberg
achterberg@wiwi.uni-wuppertal.de

Personalrat Bergische VHS
Barbara Simoleit
Barbara.Simoleit@bergische-vhs.de

